

Die Arbeiterschaft muss und soll... Der Preis beträgt bei jeder Lieferung...

Die abgedruckte Hauptzeile über dem... Der Preis beträgt bei jeder Lieferung...

Streikzeitung

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ergebnis der Londoner Tagung

Von Tony Sender

Die außerordentliche reiche Tagesordnung mußte in dem knappen Zeitraum einer einwöchigen Tagung ihre Erfolge finden. Wohl war durch die Vorlage eingehender schriftlicher Referate schon dem Zeitverlust durch ausführliche Darlegung von Seiten der Referenten vorgebeugt, sodas diese sich mit knappen Ergänzungen begnügen und dadurch auch die Diskussionen noch zu Worte kommen lassen konnten. Auch hatten die für jede einzelne Frage eingesetzten Kommissionen, in denen jeweils fast alle Länder vertreten waren, wertvolle Vorarbeit geleistet. Als ganz besonders erfreulichen Fortschritt mußte man ja auch an sich feststellen, daß die Diskussionen der Tagesordnung begriffen, da zum ersten Male auf einem internationalen Gewerkschaftskongress man sich fast ausschließlich mit den großen wirtschaftlichen und politischen Problemen der Gegenwart beschäftigte. Aber man darf sich dabei doch nicht verhehlen, daß man in dem knappen Zeitraum von acht Tagen nicht die überaus schwierigen und umstrittenen Probleme der Weltwirtschaft, Rohstoffversorgung, Gewerkschaftstaktik, Sozialisierung etc. erschöpfend und in der wohl von allen gewünschten tiefgehenden Gründlichkeit behandeln und dadurch solche Entschlüsse vorschlagen kann, die eine in allen Fragen vollstündige befriedigende Lösung darstellen. Darum ist zu wünschen, daß man sich für die folgenden Tagungen auf die Feststellung einer klaren Tagesordnung beschränken und dadurch die Möglichkeit geben möge, noch größere Klarheit und Verständigung über einige grundlegende Fragen herbeizuführen.

Dies scheint uns speziell hinsichtlich der Weltwirtschaft und der Rohstoffversorgung erforderlich. Denn während die Resolution über die Rohstoffversorgung in ihrem einleitenden grundsätzlichen Teil scharf und präzise die Ursache der herrschenden Krise zeichnet und ihre Beseitigung lediglich der Aktion der internationalen Gewerkschaftsorganisationen zuschreibt, wird doch in der Schlussfolgerung des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes beauftragt, sich mit dem Internationalen Arbeitsamt zwecks Errichtung einer entsprechenden Organisation in Verbindung zu setzen, die die Rohstoffverteilung international regeln solle. Ähnliches gilt für die zur Weltwirtschaft angeordnete Entschlüsse.

Diese Auftragserteilung an das internationale Arbeitsamt steht in einem gewissen Widerspruch zu der in der Frage des Streikentages angenommenen Resolution, die das direkteste Ultimatum an das Arbeitsamt stellt, mit dem jede weitere Verbindung abgelehnt wird, falls es nicht die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist erreichen sollte. Das kann die Einleitung des definitiven Bruchs mit dem Arbeitsamt bedeuten. Warum aber teilt man diesem selbst Arbeitsamt weitere, viel bedeutsamere Aufgaben zu, die weit den Rahmen derjenigen Obliegenheiten überschreiten würden, die ihm ursprünglich zugewiesen waren und zu deren Durchführung es wohl nicht mehr Autorität ausbringen dürfte, als für die Durchführung der Washingtoner Beschlüsse? Ganz abgesehen davon, daß die Weltwirtschaftliche Lösung der Welt und Arbeiter der Welt in Verbindung mit dem Kampf um die Sozialisierung überhaupt möglich ist.

Doch zweifeln wir nicht daran, daß die Geschichte des Arbeitsamtes — das die Bourgeoisie in einem Moment der Angst vor der revolutionären Arbeiterschaft schaffen half und dessen Beschlüsse sie heute, nachdem die Reaktion sich wieder stärker fühlt, zu sabotieren versucht — schon in den nächsten Monaten allen Gewerkschaftsmitgliedern zeigen wird, daß der Kongress alle Ursache hatte, das vorerwähnte Ultimatum an das Arbeitsamt auszusprechen, sobald schon auf der nächsten Tagung keinerlei Anregung mehr erfolgen dürfte, diese Stelle mit neuen Aufgaben zu betrauen.

Diese Einschränkungen vorausgesetzt, kann und muß aber ausgesprochen werden, daß dieser Kongress ein Ereignis von außerordentlicher Bedeutung ist. Und diese Bedeutung kann nicht lediglich an den gefassten Resolutionen gemessen werden: das Wichtigste ist vielmehr, der ganz gewaltige Wandel, der in der ganzen Mentalität der Jahre an den Arbeitersorganisationen vorübergegangen und der Vertreter Canadas zeigte sich ganz erschrocken über die revolutionäre Basis, die sich der I. O. F. gegeben und die auch in den Debatten zum Ausdruck kam.

Von Anfang an herrschte zwischen allen vertretenen Nationen das herzlichste Einvernehmen, man fühlte allgemein, wie die Erfahrungen der Vergangenheit die Bande proletarischer Solidarität fester geschmiedet denn je, und wie von allen Seiten die vollkommene Einstellung des Aufgebens des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf die großen wirtschaftlichen und weltpolitischen Probleme der Zeit als eine Selbstverständlichkeit betrachtet wurde.

Am Rande der Katastrophe

Steuersehen der Besitzenden — Zwangsanleihe in Sicht — Krisenstimmung

Das von der Nationalversammlung als eins der wichtigsten Gesetze beschlossene sogenannte Reichsnotopfer hat bisher völlig versagt. Diese Abgabe vom Vermögen rechnet mit der Freiwilligkeit der besitzenden Klasse am Wiederaufbau der deutschen Geld- und Volkswirtschaft. Es sind lächerlich lange Fristen (bis zu 30 und 50 Jahren!) für die völlige Erfüllung der Abgabe vorgezogen. Wer früher, als er dazu gezwungen ist, zahlt, erhält eine Prämie von vier Prozent. Daraus sieht man Hoffnungen. Sie waren auf Sand gebaut, das egoistische Besitzinteresse hat sich als härter erwiesen. Das Gesetz besteht ungefähr ein Jahr. Der Reichsfinanzminister rechnet mit einer starken Einnahme aus dem Reichsnotopfer für das laufende Jahr. Diese Rechnung hat völlig versagt. Es sind nicht wesentlich mehr Millionen eingegangen, als man Milliarden erwartete. So ist es übrigens mit allen Vermögenssteuern, wie schon die Denkschrift des Reichsfinanzministers feststellt, die im Oktober dem Reichstage zugehen. In dem Maße, wie die erhofften Einnahmen ausblieben, liegt die schwebende Schuld des Reiches ins Grauenhafte. Davon entwarf der Reichsbankpräsident Haverstein am Mittwoch in einer Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages ein schlimmes Bild der Wirklichkeit.

Den Grund dazu hat eine Vorlage der Regierung, nach der nunmehr die Abgabe eines Drittels des Reichsnotopfers in zwei Terminen des Jahres 1921 gefordert wird. Die bürgerlichen Parteien laufen Sturm dagegen, sekundiert von den Interessenvertretungen des industriellen und agrarischen Unternehmertums, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Deutschnationale — also Regierungen- und Oppositionsgruppen — finden sich einträchtig nebeneinander in dieser Aktion. Dem Ausschuss liegt bereits eine große Reihe Anträge von dieser Seite vor, die die Vorlage völlig umgestalten und damit für ihren Zweck, der unbedingt nötigen Beschaffung flüssiger Mittel für das Reich, völlig unbrauchbar machen wollen. Der Reichsverband der Industriellen verlangt überdies ein Gutachten des berichtigten Reichswirtschaftsverbandes, — ein Verlangen, das offensbare Sabotage, Verschleppung der Vorlage bedeutet. Der „Demokrat“ Dornbusch war es, wenn wir nicht irren, der am Dienstag im Ausschuss erklärte, man müsse der Vorlage die Gichtzähne austreten. Er fand sich mit Dr. Becker und Helfferich (!) auf der gleichen Kampflinie gegen die Regierung zusammen, in der bekanntlich auch Demokraten und Deutschnationale sitzen.

Die Herren verhängen sich hinter die angeblich gefährdete industrielle und agrarische Produktion. Das dort investierte Kapital werde zu sehr von der jetzt geforderten Notopfer-Abgabe getroffen. Herr Becker fühlte sich berufen, diese Vorlage als den Markstein des Bankrotts der ganzen Steuergelehrte der Nationalversammlung hinzustellen. In dem Ausschuss tritt er dafür ein, daß die Ausgaben in den Reichsbetrieben durch

Abbau der Gehälter und Löhne

— Verringerung des Personals — vermindert werden sollen. Nach außen aber schmiert seine Partei durch Anträge und Erklärungen den Beamten und Arbeitern Honig um den Mund mit der Forderung nach höheren Gehältern und Löhnen. Diese doppelzüngige Politik wurde im Ausschuss zweifelsfrei festgestellt. Und so macht es diese ganze Gesellschaft. Wie es aber möglich sein soll, aus dem furchtbaren Zusammenbruch herauszukommen, darüber schweigen sie sich aus. Und wir wissen ja, daß sie erst recht gegen das rationellste Mittel vor der völligen Verelendung des Volkes, gegen die Sozialisierung, sind.

Diese ganze Politik hat nun das Reich an den Rand der Katastrophe gebracht. Daß wir uns in diesem Stadium befinden, sprach der Reichsbankpräsident offen an der Hand der finanziellen Tatsachen aus. Er erklärte, daß es ein großer Fehler gewesen sei, die Besitzkennern durch allerhand Ausnahmen zu durchlöchern und zu einem großen Teil unwirksam zu machen. Wenn es nicht gelingt, in allerhöchster Zeit den Papiergeldumlauf und die Notenproduktion fast zu hemmen, dann kommt

der völlige Zusammenbruch der deutschen Geldwirtschaft. Bedingtepend wuchs bisher infolge der Unergiebigkeit der Besitz-

hauern die schwebende Reichsschuld. Sie beträgt gegenwärtig 146 1/2 Milliarden Mark, und sie wuchs allein in den letzten sieben Monaten um 52 Milliarden! Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist mit einer weiteren Steigerung um etwa 30 Milliarden bis Ende dieses Jahres zu rechnen. Eine Folge davon ist die Teuerung der Waren, Steigerung der Gehälter und Löhne, ein Kreislauf, der sehr bald die Bilanzierung des Staats völlig unmöglich machen muß. Es sei zwischen zwei Uebeln zu wählen: entweder der völlige Zusammenbruch des Reichsbetriebes, oder nicht zu umgehende, hier und da zu gewärtigende Ausschaltung privatkapitalistischer Interessen. Herr Haverstein sagt letzteres nicht wörtlich so, aber der Sinn seiner Ausführung kann kein anderer sein. Er warnt dringend vor einer Schwächung der Vorlage über das Notopfer, ist vielmehr der Meinung, daß man eher noch härter zugreifen müsse. Die Reichsbank habe überhaupt einen andern Weg der Sanierung vorschlagen wollen. Nämlich den der

Zwangsanleihe unter Eingliederung des Reichsnotopfers.

Auf diese Weise würde man mit einem Ergebnis von 20 Milliarden flüssiger Mittel rechnen können, während nach der Vorlage nur etwa 8 bis 9 Milliarden einkommen werden.

Diese mit absoluter Sachlichkeit vorgetragenen Tatsachen müßten wie Blitzschläge gegenüber den Bestrebungen der Vertreter der besitzenden Klassen wirken. Die Verlegenheit war so groß, daß man sich nach dem Vortrag in einer langen Geschäftsordnungsdebatte nur über die weitere formelle Behandlung der Sache unterließ. Und da kam ein weiteres interessantes Moment zum Vorschein. Der Reichsfinanzminister Birch erklärte gegenüber den Bestrebungen der Hefflerich und Genossen, der erste Sitzungstag — der Tag vorher — habe ihm eine schmerzliche Enttäuschung gebracht. So könne nicht weiter verhandelt werden. Er verlange innerhalb einiger Tage volle Klarheit, wie besonders die Fraktionen der Regierungsparteien zur Regierung ständen: durch den Vorstoß gegen die Vorlage sei die Frage eine politische geworden.

Es handele sich nicht um seine Person als Minister, sondern um die Regierung.

Das klingt wie eine Kriegserklärung, in deren Hintergrund Demissionsschichten oder Drohungen stehen. — Eine weitere Bemerkung Birchs beleuchtet die Situation innerhalb der Regierung. Es wurde verlangt und auch beschlossen, in der nächsten Sitzung noch den Wirtschaftsminister zu hören. Dazu erklärte der Finanzminister, daß er nichts dagegen habe, sich aber für verpflichtet halte, darauf hinzuweisen, daß nur ein Minister, nur er, die Vorlage zu vertreten habe. Nimmt man die Bemerkung hinzu, daß auch Birch, wie der Reichsbankpräsident, der Zwangsanleihe den Vorzug gibt, und die neue Reichsnotopfer-Vorlage nur als das vorletzte Mittel zur Sanierung der Reichsfinanzen zu betrachten sei, so ergibt sich folgende Lage:

Der Finanzminister ist mit seiner Auffassung in der Regierung nicht durchgedrungen. Er mußte sich zunächst mit einer Verringerung des Notopfergesetzes begnügen. Hinter dieser Vorlage stehen nun aber nicht einmal alle Regierungsparteien, wie sich bisher klar ergeben hat. Offenbar soll im Ausschuss der Reichswirtschaftsminister, der Reaktions einer ganz besonderen Sorte ist, gepusht werden.

Ob diese verfahren und feilsche Situation in den normalen Regierungsbetrieb zurückgerufen werden kann, muß sich bald zeigen. Sicher ist, daß die Vertreter der besitzenden Klasse drauf und dran sind, die auf dem Papier stehenden Beschlüsse alle miteinander möglichst zu verwässern. Das wird Kämpfe geben, die für die Arbeiterklasse von größter Wichtigkeit sind. Steuer- und Sozialisierungsfragen stehen im Brennpunkt des öffentlichen Lebens der allerersten Zeit. Das Proletariat muß sich bereit halten, diese Kämpfe nicht in den Parlamenten ausklingen zu lassen, sondern es muß selbst aktiv an ihnen teilnehmen!

Während man sich noch vor Jahren national wie international aufs Heftigste um die Frage des Generalstreiks zur Erreichung politischer Ziele stritt, erkannte man nunmehr an, daß eine mögliche Einschränkung von Streiks lediglich zur Erreichung von kleinen Lohnverbesserungen bewegen erfolgen müsse, um die Kraft nicht zu zersplittern, sondern alle Macht zur Durchführung der großen internationalen Aktionen zu konzentrieren. Einmütig wurden der Massenstreik und der internationale Boykott als einige der wirksamsten Mittel anerkannt.

Damit ist schon der gewaltige Fortschritt gezeichnet, der sich in ganz verhältnismäßig kurzer Frist durch die gewaltigen Ereignisse der letzten Jahre vollzogen hat, der sich jedoch noch entscheidender ausdrückt in dem Beschluß der Aufnahme des unmittelbaren Kampfes um die Sozialisierung, wobei man sich völlig darüber im

klaren war, daß der Kampf um die Sozialisierung die Einleitung des großen entscheidenden Ringens zwischen der untergehenden und der jungen aufsteigenden Klasse sein würde. Auch darin liegt mehr wie ein Lippenbekenntnis, denn die Macht der Massen ist allenthalben stärker denn je darauf eingestellt, nicht mehr fürderhin für den steigenden Profit einer kleinen Schicht von Genießenden Arbeit und Schwitz aufzuwenden. Der Kampf um den Sozialismus rückt in allen Ländern immer mehr in die Späts des unmittelbaren Strebens der Arbeiterklasse und durch den gefassten Beschluß muß die Konzentration der Kräfte um dieses eine große Ziel sich international vollziehen.

Dieser Kampf legt natürlich den Bruch jeder Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Klassen voraus, denn nur in schärfster Gegnerschaft gegen sie kann die Entscheidung fallen. Daß aber auch die Arbeitervertreter es ernst meinen mit der entschiedenen Aufnahme

biles Kampfes, das bewies schließlich noch die Behandlung der Frage des Ruhrgebietes und der ihm drohenden Besetzung. Speziell die Vertreter Frankreichs und Belgiens führten sowohl in dem schriftlichen, wie im mündlichen Bericht eine sehr heftige und mutige Sprache gegen ihre eigene Regierung und stellten sich rückhaltlos an die Seite der deutschen Arbeiterklasse, wenn diese als Antwort auf eine etwaige Besetzung den Generalstreik erklären sollte. Sie muten es ihren deutschen Arbeitsbrüdern nicht zu, unter dem Druck der Bajonette zu arbeiten und sind gewillt, mit dem deutschen Proletariat gegen die imperialistischen und kapitalistischen Mächte den Kampf aufzunehmen.

Dieses vor der ganzen Welt abgelesene Gelöbnis zeigt, welche große Macht die geeinte Arbeiterklasse auch heute bereits darstellen kann, um aktiv in die Außenpolitik der Herrschenden einzugreifen. Diese Macht besitzt sie jedoch nur, wenn es gelingt, die gewerkschaftlichen Organisationen gegen die Moskauer Sprengversuche intakt zu halten. Der ganze Kongress, einschließlich der sonst in manchen Punkten abweichenden norwegischen und italienischen Delegierten, war einmütig darin, die Moskauer Beschlüsse als deplatziert und der Grundlage entbehrend zurückzuweisen. Und in der Tat stellen die in der Amsterdamer Internationale organisierten rund 28 Millionen Arbeiter einem Faktor dar, mit dem die Bourgeoisie der Welt aufs ernsteste zu rechnen hat, wenn ihr nicht von sich radikal denkenden Genossen der Gefallen der Sprengung erwiesen wird.

Der Kongress hat die nötige Vorarbeit zur Zusammenfassung der Kräfte geleistet. An den Genossen in allen Ländern ist es nunmehr, auch ihrerseits sich unermüdet dafür einzusetzen, daß die Organisationen geleistet und gestärkt, und dadurch der weitere Revolutionierungsprozess gefördert wird.

Würdelos

Eine kommunistische Zelle im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller

Uns wird geschrieben: Der bekannte günstige Wind wehte uns folgende Einladung zu einem Diskussionsabend auf den Tisch:

Verein Berliner Kaufleute und Industrieller
Berlin SW 68, Lindenstr. 1 (Ecke Belle-Alliance-Platz).

Im November 1920.

Der nächste

Diskussionsabend

findet am Dienstag, den 30. November 1920, abends 7 1/2 Uhr, im großen Sitzungssaal des Vereins Deutscher Ingenieure, Sommerstraße 4a, statt.

Thema: „Meine Reiseindrücke in Rußland und meine wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen, die ich hieraus gezogen habe.“

Referent: Wilhelm Schumacher, 1. Bevollmächtigter des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes.

Verein Berliner Kaufleute und Industrieller.
Hillich, Vorsitzender.

Da wir es nicht für möglich hielten, daß ein Arbeitervertreter und noch dazu ein Kommunist vor dem Groß-Berliner Unternehmertum sich derartig bloßstellen würde, sind auch wir der Einladung gefolgt und haben mit eigenen Augen und Ohren ein Schauspiel erleben müssen, das wir der Arbeiterschaft nicht vorzuenthalten dürfen. Der zu der von der Berliner Gewerkschaftskommission entsandten Rußland-Delegation gehörende 1. Bevollmächtigter des Schneider-Verbandes, Schumacher, hielt vor den Korymben der Groß-Berliner Arbeitgeberchaft das aus Arbeiterverfammlungen latam bekannte Referat über die Verhältnisse in Rußland, nur mit dem Unterschied, daß er diese Verhältnisse in diesem Kreise nicht so rosig zu schildern wagte, wie vor Arbeitern.

Die sich daran anschließende Diskussion ergab im allgemeinen eine dankbare Anerkennung der von Schumacher sicher gut gemeinten Ausführungen, ohne daß jedoch auch nur einer der Diskussionsredner den angeblichen Tatsachen-Berichten Schumachers Glauben schenkte. Insbesondere Geheimrat von Borzsig verpfändete die von Schumacher besonders über das russische Verkehrs-wesen gemachten Angaben. Ein anderer Redner betonte, daß er durch diesen Vortrag davon überzeugt sei, daß die Wirtschaftsweise in Rußland durch den Kommunismus nicht in Gang gebracht werden könne und nun erst recht gegen den Kommunismus vorgegangen werden müsse.

In einem sehr schwachen Schlusswort konnte Schumacher der Gegenrede Borzigs nicht entgegenreten und beschränkte sich auf allgemeine Redensarten, die wirkungslos verhallten. Dieser „Resolutionär“ zeigte vor den Gegnern der Arbeiterklasse keinerlei Rückgrat.

Was hätte wohl die gesamte organisierte Arbeiterschaft in vergangenen Zeiten dazu gesagt, wenn ein Arbeitervertreter Vorträge vor dem Forum seiner schärfsten Gegner gehalten hätte? Was würden die ultraradikalen Neukommunisten und Kommunisten wohl sagen, wenn dieses einer der „Hilferdinge“ oder „Legiene“ getan hätte? Aber was denkt sich dieser „Revolutionär“ eigentlich dabei, wenn er vor den organisierten Schatzmachern Vorträge über seine russischen Erfahrungen hält. Gibt er sich etwa dem Glauben hin, diese Leute von der Notwendigkeit der kommunistischen Methoden überzeugen zu können? Führt der kommunistische Opportunismus wirklich zu dieser Leichtigkeit, durch nichts zu über-treffenden Würdelosigkeit? Fühlt der Mann denn nicht, daß er hinahstelt, indem er vor den Gegnern der Arbeiterklasse als eine Art Spahmacher erscheint? Oder hat er gehofft, er werde Gelegenheit finden, dort bewundert zu werden? Dann um so schlimmer.

Wenn es sich nur um ein Privatvergnügen dieses Mannes handeln würde, so könnte es noch hingehen. Aber die Bewegung, an deren Führung Schumacher beteiligt ist, wird dadurch aufs schlimmste kompromittiert. Und dagegen erheben wir schärfsten Protest. Wir fordern die Arbeiterschaft gegen unsere sonstige Gewohnheit auf, Leute solchen Schlages, die durch ihre Handlungen beweisen, daß sie die Würde der ihnen anvertrauten Bewegung nicht zu wahren wissen, zum Teufel zu jagen.

Freilassung von Remmele beschlossen

Zu Beginn der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde ein schleuniger Antrag der Neukommunisten verhandelt, der den Reichstag ersucht, die Aushebung des gegen den Abgeordneten Remmele bei dem Volksgericht in München schwebenden Verfahrens und die sofortige Haftentlassung des Abgeordneten Remmele zu verlangen. Nach einer taktisch wenig geschickten Begründung

durch den Neukommunisten Höllein beantragten die bürgerlichen Parteien Ueberweisung dieses Antrages an die Geschäftsordnungs-Kommission. Heute (U.S.P.) und Müller-Franken (S.P.D.) sprachen sich für sofortige Annahme des Antrages aus. Da die Linke stärker vertreten war als die Rechte, wurde dieser Antrag angenommen.

Armfelige Geister

Die „Internationale“ greift erfreut eine Meldung der „Dena“ auf, in der behauptet wird, daß das Sekretariat der Gewerkschafts-internationale dem Kongress eine Resolution vorlegen werde, die sehr deutlich vor der überstürzten Sozialisierung warne, da der gegenwärtige Zeitpunkt dafür nicht geeignet wäre. Statt die Meldung eines bürgerlichen Nachrichtenbureaus erst auf ihre Richtigkeit zu prüfen, nimmt sie das Blatt der Neukommunisten sofort als eine feststehende Tatsache hin und konstruiert daraus die allbekannten demagogischen Schlussfolgerungen. Aber welche ein Vechl Am gleichen Tage, wo die Schimpfepistel der „Internationale“ erschien, druckten wir die auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in London einstimmig angenommene Resolution zur Sozialisierungsfrage ab, deren wichtigste Kernsätze so lauten:

„Der Kongress fordert daher im Interesse der Gesamtheit die Sozialisierung des Grund und Bodens und der Produktionsmittel. Er hält es für erforderlich, daß sofort die Sozialisierung der Bodenschätze (Kohle, Erz, Salz, Phosphate usw.) und aller Transportmittel, wie überhaupt aller bürgerlichen Produktionszweige begonnen wird, deren Sozialisierung dem Proletariat des betreffenden Landes durchführbar erscheint.“

Diese Umstellung darf jedoch nicht in der Weise vorgenommen werden, daß dem kapitalistischen Staat die Kontrolle dieser Industrien übertragen wird, sondern in aktiver Beteiligung der Gesamtheit an der Kontrolle durch die Gewerkschaftsorganisationen und ihre Beauftragten.

Der Kongress fordert außerdem, daß für die noch nicht sozialisierten Industriezweige diese Umstellung vorbereitet und betrieben werden muß durch das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht, das den organisierten Arbeitern im Unternehmen zu sichern ist.

Der Kongress fordert die Arbeiter der ganzen Welt aus, ihre ganze wirtschaftliche und politische Macht im Einvernehmen mit den tätigen Genossen ihrer verschiedenen Organisationen zur Erreichung dieses Zieles einzusetzen.

Er beauftragt das Bureau der Gewerkschaftsinternationale, sich mit den internationalen Berufssekretariaten der Bergarbeiter, Seelente und übrigen Transportarbeiter in Verbindung zu setzen, um das erstrebte Ziel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sobald als möglich zu erreichen.“

Der Kongress hat also gerade das Gegenteil von dem beschlossen, was die „Internationale“ behauptete. Der Internationale Gewerkschaftskongress tritt für sofortige Sozialisierung ein und ruft die Arbeiter zu entsprechenden Aktionen auf. Dieser Heroinfall wird die „Internationale“ natürlich nicht zur Abkehr von ihren journalistischen Weisheiten bringen. Die Kommunisten können zur Frage der Sozialisierung überhaupt keine positiven Beiträge liefern. Sofern sie konkret dazu Stellung nehmen, müssen sie auf unsere Gedankenlosigkeit zurückgreifen, also geistigen Diebstahl verüben. Was sie sonst noch aufbringen, ist plumpe Demagogie.

Hugo Stinnes

Als am Dienstag im Reichstag der Genosse Jaedel sich ausführlich über die Entwicklungsgeschichte des größten deutschen Kapitalmagnaten, Hugo Stinnes, verbreitete, blieb Herr Stinnes schweigmä. Das Interesse der Bürgerlichen aber war verständlich, denn in dem Schweigen von Stinnes liegt System und Absicht. Für das Reichstagshandbuch hat er nämlich nur folgende Angaben geliefert:

Stinnes, Hugo: Kaufmann in Mülheim (Ruhr) und Weichselm. Kr. Hagenwerder. Reichswahlvorstand — Deutsche Volkspartei. — Geboren am 12. Februar 1870 zu Mülheim (Ruhr); evangelisch.

Das ist alles. Also dankbarer dürfte natürlich die Dummheit darüber sein, daß sie durch den Genossen Jaedel eine eingehende Darstellung seines Entwicklungsganges erfahren hat, die diese durch Krieg und Revolution hervorgerufene Entstehung eines neuen, die ganze Wirtschaft und den Staat beherrschenden, Unternehmertyps schildert, der den Aufstieg der Arbeiterklasse mit allen Mitteln zu hindern sucht.

Englische Ministerreden

Im Verbands der britischen Industriellen hielt der englische Ministerpräsident Lloyd George eine Rede, in der er sich mit den Gründen des wirtschaftlichen Niedergangs und den Ursachen des Weltkrieges beschäftigte. Er äußerte dabei, man dürfe nicht vergessen, daß der Krieg über vierzig Milliarden Pfund gekostet habe und daß seine Schäden nicht mit zehn Milliarden wiedergutmacht werden könnten. Das Erste, was not tue, sei Friede. Europa könne nicht zur Wohlfahrt zurückkehren, wenn es keinen Frieden habe. Leute, die einen verarmten Staat wiederherstellen sollten, mit dem Schicksal in der einen und dem Spaten in der anderen Hand, kämen schon dahinter, daß man da nicht sehr schnell vorwärts komme. Alle geistigen Kräfte der Handels- und der Staatsleute müssen darauf gerichtet sein, die schmal gemordene Börse der Menschen wieder zu füllen. Lloyd George schloß mit der internationalen Übsicht gewordenen Ministererklärung, daß Sparsamkeit notue.

Der energische Leiter der englischen Kriegspolitik konnte keine schärfere Anklage gegen sein eigenes Werk richten, als indem er die nackten Tatsachen der Folgen des Weltkrieges darstellte. Den Frieden in Europa sicher zu stellen, dazu genügen nicht Verbesserungen, sondern Taten. Von wirklichen Taten zur Herbeiführung des endgültigen Friedenszustandes ist die englische Politik noch weit entfernt.

Am gleichen Abend hielt Bonar Law eine Rede, in der er erklärte, daß zur Lösung der irischen Frage eigentlich nur zwei Wege offen ständen, d. h. was das Recht der Selbstverwaltung angehe. Der erste Weg sei der, daß man begreife, wie sehr es sich nicht nur um eine Frage handle, die Irland betreffe, sondern die das ganze Königreich angehe, und daß also die Lösung nur durch die Mehrheit von Irland, sondern durch die große Masse des britischen Volkes zuzugehen werden müsse. Er sprach dann über die Kritik, die Asquith an dem Home-Rule-Gesetz übte. Man stehe vor der Frage, ob man das, was für Irland und ganz Großbritannien billig sei, auch hier zuzugehen solle oder ob man dem irischen Volke lagen solle: Ihr könnt bekommen, was Ihr wollt. Das wäre eine verlockende Politik für Irland. Aber die geographische Lage Irlands mache das nur auf Kosten eines nationalen Selbstmordes möglich. Man müsse das dem irischen Volke immer wieder klar vor Augen halten.

Vom Völkerbund

Mandatfrage und Irland

London, 1. Dezember.

„Daily News“ melden aus Genf: Eine der Schwierigkeiten bei der Regelung der Mandatfrage sei die Faltung Japans, das in die Mandate für die ihm zuerkannten Gebiete einzelne Bestimmungen einzufügen wünscht, die als unvereinbar mit dem Geist des Völkerbundes angesehen werden. Balfour sei nachdrücklich für die endgültige Klärung der Mandatfrage vor Beendigung der Völkerbundtagung eingetreten.

Wie die englischen Blätter melden, erklärte Lloyd George im Unterhause, die britische Regierung sei nicht geneigt, an eine Untersuchung der Lage in Irland durch einen Ausschuss des Völkerbundes nachzugehen. Lloyd George erwiderte schriftlich auf eine Anfrage, daß die britische Regierung der Völkerbundversammlung keinerlei Vorschläge bezüglich der Abklärung unterbreite hat.

Die Aufnahme Oesterreichs empfohlen

Die fünfte Kommission (Kommission für die Zulassung neuer Staaten) hat heute nach Entgegennahme eines Berichtes von Lord Robert Cecil und eines Antrages von Fisher-England einstimmig beschlossen, der Verammlung das Aufnahmegeruch Oesterreichs in den Völkerbund zur Annahme zu empfehlen.

Verwischung der Spuren

Zu der Polizeiaktion gegen die Berliner Orgesch-Leute bringt der „Lokal-Anzeiger“ eine Darstellung, die das Verhalten der Beamten als harmlos erscheinen lassen soll. In Wirklichkeit ergibt sich aber daraus, daß ein viel schärferes Vorgehen notwendig wäre. Zu den Unterzeichnern der Satzungen für den „Heimat-Verband“ gehörte auch Oberst Reinhardt, der aus seiner monarchistischen Gesinnung niemals ein Hehl gemacht hat und zu seinem Mittel zurückzukehren dürfte, um sie zu gegebener Stunde zu verwirklichen. Dieser Reinhardt sei „verhört“ worden und dessen eibliche Aussagen dürften den Polizeipräsidenten davon überzeugt haben, daß von einer Geheimorganisation keine Rede sein könne. Der „Heimat-Verband“ sei seit der Satzungsberatung überhaupt noch nicht zusammengetreten, das einzige Belastende bei der Satzungsentwurf und eine Blankomittelskarte.

Die preussische Staatsregierung läßt dazu noch mitteilen, daß sie auf die Aktion des Polizeipräsidenten keinen Einfluß ausgeübt habe. Der Hauptmann Bostelmann sei am 21. v. M. zum ersten Male, am 24. wiederum vernommen worden; am 26. hatte man ihn zu einer dritten Vernehmung geladen, inzwischen hatte er aber schon die Flucht ergriffen. Am 29. richtete er ein Schreiben an das Polizeipräsidium, worin er mitteilte, daß er auf einige Tage von Berlin fernbleibe, um weiteren Belastungen der Polizei zu entgehen. Er habe versprochen, sich dem Richter zu stellen, wenn die Angelegenheit an diesen kommen werde. Der Ort seines Aufenthalts ließ sich bisher nicht ermitteln.

Aus alledem ist zu ersehen, daß das Treiben der Orgesch-Leute in Berlin mit allen Mitteln verlohrt werden müßte und daß man ihnen nicht gestatten darf, ihre Spuren zu verwischen. Wenn wirklich gegen sie wie bisher vorgegangen wird, daß man sie einfach verhört und sie dann laufen läßt, dann wird ihre Sicherheit nicht gefährdet sein. Hat man schon je gehört, daß die Organe des Staats so gegen Arbeiter vorgegangen sind?

Eine wirkungslose Verordnung

Nach einer Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 8. November dürfen Betriebsstilllegungen und teilweise Einstellung von Betrieben, sofern mehr als 5 Prozent der Arbeitnehmer davon betroffen werden, nur dann erfolgen, wenn seitens des Arbeitgebers bei den Demobilmachungsbehörden 4 Wochen vorher Anzeige erstattet worden ist. Die Behörden sollen durch Verhandlungen mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat feststellen, ob die Betriebs-einstellung unauswendbar ist. Die Arbeiter der Firma Daimler, Marienfelde, die in der vorigen Woche, als 351 Arbeiter zur Entlassung kommen sollten, sich auf diese Verordnung beriefen, und den Demobilmachungskommissar zum Eingreifen veranlassen wollten, bekamen vom Vertreter des Demobilmachungskommissars Dr. Kantorowicz den Bescheid, daß die Verordnung wohl Gesetzeskraft habe, die Firma sich aber daran nicht zu halten brauche, weil bis heute die Stellen noch nicht bestimmt sind, wohin die Unternehmer die Meldungen zu machen haben. Ob nun hier bewußte Sabotage der Verordnung vorliegt, oder ob die Unfähigkeit der Behörden diesen Zustand herbeigeführt hat, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall werden die beteiligten Arbeiter gut tun, auf Grund dieser Verordnung Einspruch gegen ihre Entlassung zu erheben. Es muß in diesem Verfahren festgestellt werden, ob die Firma überhaupt versucht hat, der Verordnung gemäß zu handeln. Andersfalls könnten andere Unternehmer diesem Beispiel folgen und die ohnedies geringen Rechte, die sie den Gewerkschaften und Betriebsvertretungen gibt, stehen wieder einmal auf dem Papier.

Der flüchtige Hoteldirektor

Die Direktion des Eden-Hotels teilt mit, daß der bisherige Direktor des Eden-Hotels Brindörfer, der vor kurzem vom Richter zum neun Monaten Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe verurteilt wurde, vor einigen Tagen ins Ausland geflüchtet ist. Augenblicklich hält sich Brindörfer in Schwet auf und beschäftigt sich nach Monte Carlo zu wenden, wo er eine ihm angebotene Stellung als Direktor des dortigen Hotel de Paris antreten wird. Der Mann hat an ein Berliner Blatt einen famosen Brief geschrieben, worin er sich über die deutsche Justiz lustig macht.

Wir entziehen uns nicht darüber, daß Herr Brindörfer geflüchtet ist. Das erheben uns bei einem so geschäftstüchtigen Menschen selbstverständlich. Aber daß die Staatsanwaltschaft nicht auch vorausgesehen hat, obwohl sie sonst — bei Arbeitern insbesondere — mit der sofortigen Verhaftung bei der Hand ist, ist doch immerhin der Erwähnung wert.

Streißbewegung in Oberschlesien. Die Bismarckhütte ist seit Mittwoch früh im Auslande. Notstandsarbeiten werden nicht durchgeführt. In der Industrie herrscht Ruhe. In Gleiwitz ist die Lokomotiv-Betriebswerkstätte wegen Lohnforderungen vollständig. Die Wagen- und Reparaturwerkstätten arbeiten. Bahnverkehr ist nicht gestört.

Die schnelle Ende eines Parteispalters. Nachdem sich erst kürzlich auf dem Parteitag unserer österreichischen Genossen die Gruppe Frey als „Sozialistische Arbeiterpartei Deutsch-Oesterreich“ von der Partei loslöste, wurde bereits auf dem konstituierenden Parteitag dieses zahlenmäßig völlig unbedeutenden Parteispalters der Anschlag an die dritte Internationale und die Verschmelzung mit der kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreich beschlossen. Man fragt sich, wozu diese Parteigründung eigentlich nötig war. Jedenfalls hielt man es für notwendig, auch den österreichischen Arbeitern das jetzt so beliebte Schauspiel der Spaltung einzuführen.

Wiederherstellung internationaler Beziehungen

Die Regierung hat dem Reichstage wirtschaftliche Verträge mit Deutsch-Oesterreich, Ungarn und der Tschecho-Slowakei zur Genehmigung vorgelegt. Sie beziehen sich in erster Linie auf die Fragen der Handelsbeziehungen, des Verkehrs und der Seehaftmachung. Sachlich ist gegen sie nichts einzuwenden und man kann es nur begrüßen, daß der Anfang mit der Wiederherstellung geordneter internationaler Verhältnisse gemacht wird. Die Beratung dieser Verträge in der gestrigen Sitzung des Reichstages gab aber Anlaß zu einer Diskussion über die inneren Angelegenheiten Tschecho-Slowakiens und Ungarns. Von der rechten Seite wurde auf die nationalistische Heße hingewiesen, deren Opfer in den letzten Wochen die Tschechen gewesen seien. Und die Kommunisten erklärten, das Abkommen mit Ungarn ablehnen zu müssen, weil man mit einer „Räuberbande“ keine Verträge schließen könnte.

Als Redner unserer Partei hat sich der Genosse Breitfeld auf den Standpunkt gestellt, daß die inneren Zustände in den betreffenden Ländern, so sehr sie auch kritisiert zu werden verdienen, keinen Anlaß zu einer Ablehnung der vorliegenden Entwürfe bieten könnten. Er hielt den Parteipolitikern die Sünden vor, die sie auf dem Gebiete der Behandlung nationaler Minoritäten in Deutschland begangen haben, als sie sich in der Nacht befanden. Er kritisierte ihnen das Recht ab, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzutreten und erinnerte daran, daß die Russifizierungspolitik der zaristischen Regierung sie nie daran hindert habe, sich für die engsten Beziehungen zu dem alten Rußland einzusetzen. Bezeichnend sei es, daß sie zwar über die Politik der tschechischen Regierung, nicht aber über die Niedertracht derer, die gegenwärtig in Budapest das Ruder in der Hand haben, Klage führen.

Im Urteil über die ungarischen Methoden stimmen wir mit den Kommunisten überein, aber wir können uns nicht entschließen, deshalb gegen das Abkommen zu stimmen. Genosse Breitfeld machte darauf aufmerksam, wie gefährlich die Argumente der Kommunisten seien. Mit demselben Rechte, wie sie sich gegen vertragliche Beziehungen mit Ungarn wenden, weiß Ungarn der Herd der Konterrevolution sei, könnte die rechte Seite ein Abkommen mit Rußland ablehnen, weil die Sowjet-Regierung als Vorkämpferin des Gedankens der internationalen Revolution auftritt. Außerdem scheue sich doch auch der Bolschewismus nicht, mit Ländern, die auf kapitalistischem, konterrevolutionärem Boden stehen, wie beispielsweise England, in die engsten ökonomischen Beziehungen zu treten. Ja, mehr als das, sie schließe sogar politische Verträge mit nationalistischen und militaristischen Mächtern wie Enver Pascha ab. Maßgebend muß für uns das Interesse der Arbeiterklasse sein, und dem soll durch die vorgelegten Abkommen gedient werden. Genosse Breitfeld verlangte, wenn freilich mit allem Nachdruck, daß möglichst bald ein geordnetes wirtschaftliches Verhältnis zu Sowjet-Rußland geschaffen werde, das uns ungeheuer nützlicher sein könne, als die Traktate mit Ungarn, Deutsch-Oesterreich und die Tschecho-Slowakei.

Bei der Erörterung des Wirtschaftsetats kam nach einer belanglosen Rede des Neukommunisten Düwells die zweite Rednergruppe zu Wort. Der Rechtssozialist Hoch wendete sich scharf gegen den Reichswirtschaftsminister Scholz, der anscheinend Jaakels Argumente über die Unrichtigkeit der Behauptung von Frankreichs Kohlenüberschuß in sich verstanden habe. Wir haben nicht die Empfindung gehabt, daß die Antwort von Scholz aus einem Mißverhältnis entstanden wäre. Vielmehr sprach aus ihr die Hebersichtigkeit eines nationalistischen Politikers, der auch heute noch nicht eingesehen hat, daß die Pflicht zur Wahrheit auch dann besteht, wenn sie für das eigene Volk oder für gewisse Interessengruppen unangenehm ist. Heftige Prühl-Rufe ertönte Hoch, als er die Geschäftstätigkeit gewisser volksparteilicher Abgeordneter kritisierte, ohne dabei alles zu sagen, was bei diesem Punkte zu sagen notwendig gewesen wäre. Das dürfte in der heutigen Sitzung Genosse Simon nachholen.

Der Sitzungsbericht

Nach der Erledigung des Falles Kemmels, über die wir an anderer Stelle berichtet, folgt das Gesch über Vereinbarungen mit der ungarischen, tschechischen und österreichischen Regierung. Reichsaussenminister Dr. Simons: Der Verfall der Friedensverträge hat im Gegensatz zu früheren Verträgen das gesamte deutsche Vertragsystem mit 27 Staaten einfach als erledigt erklärt und den Gegner des Reichsbegünstigungsrecht eingeräumt. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß es gelungen ist, auch die Tschecho-Slowakei von der Notwendigkeit und Gedeihlichkeit des Grundgesetzes der Gegenseitigkeit zu überzeugen.

Abg. Everling (D. V.): Leider sind in der letzten Zeit Ereignisse eingetreten, die ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Tschecho-Slowakei föhren.

Abg. Erlesing (Dem.): Wir wollen durchaus freundliche Beziehungen zur Tschecho-Slowakei, aber die Maßnahmen dieses Staates erschweren dies. (Sehr richtig! bei den Dem.)

Abg. Dr. Levy (Kommunist): Kritisiert in abfälligen Worten das Vorgehen der ungarischen Räuberbanden und führt Fälle über den ungarischen Terror in Ungarn an. Eine Regierung, die so mit Schande beladen ist, wie die ungarische, hat das Recht auf freundschaftliche Beziehungen verloren. Der Präsident rief den Redner wegen der Ausdrücke „Räuberbande“ und noch weiterer Ausführungen zur Ordnung.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Herr Abg. Levy ist kaum berechtigt, sich über die ungarische Regierung in dieser Form auszulassen, es wird im Ausland auch wenig Eindruck machen, wenn er an das Gewissen der Welt appelliert. Die deutsche Regierung gibt sich Mühe, die Lage des deutschen Proletariats durch Abschluß wirtschaftlicher Verträge zu bessern, wobei es doch ganz gleich ist, welche Staatsform der betz. Staat hat. Die Ereignisse in der Tschecho-Slowakei in der letzten Zeit gegenüber den Deutschen sind bedauerlich. Es kann nicht Aufgabe des Reichstages sein, hier Untersuchungen über die Schuld an jenen Vorfällen anzustellen, die tschechische Arbeiterklasse ist an den Ausschreitungen in Czeg und Ach nicht nur unbeteiligt, sondern sie verurteilt die Heße öffentlich durch ihre Vertrauensmänner.

Abg. Dr. Breitfeld (U. S.): Wir verurteilen aufs schärfste jene Ausdrücke und politischen Heßen, betonen aber, daß überall dort, wo es zu solchen nationalistischen Auseinandersetzungen kommt, die Arbeiterklasse im Hintergrunde steht und nur der leibliche Teil einer aktiven Politik der Bourgeoisie ist. Die Tschecho-Slowakei war immer ein heißer Kampfplatz, ob es nun die übertriebenen nationalen Studenten oder das herrschende Bürgertum war, die ihn betreten. Doch die innerpolitischen Fragen müssen heute zurücktreten vor einer wirtschaftlichen Politik. Schlicht steht es den Herren von der Rechten an, heute als die Prophezen des Selbstbestimmungsrechts für die bedrängten Deutschen in der

Tschecho-Slowakei aufzutreten. Sie haben damals nicht gegen die Drangsalierungen der Deutschen in den baltischen Provinzen, in einem zaristischen Rußland aus innerpolitischen Gründen protestiert. Wo waren sie, als die polnischen Fragen entschieden wurden. Die Deutschen in der Tschecho-Slowakei haben geistlich mehr Rechte als es die Polen oder Ruthenen jezeit hatten. Zur Zeit ihrer Freunde in der Regierung gab es weder polnische noch ruthenische Schulen. Die Rechte hat sich auf die tschecho-slowakische Frage beschränkt und sich über Ungarn ausgeschwiegen.

Uns ist es nicht gleichgültig, ob von einer fremden Regierung Deutsche drangsalieren oder ob überhaupt Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Um keinen Anstoß zu erregen — ich weiß für Räuberbanden keinen parlamentarischen Ausdruck, lagen wir Militärärzten, was ja ungefähr dasselbe ist —, also diese Verfolgungen, Morde, Greuelthaten in Ungarn sind gegenüber den Uebergriffen der tschechischen Nationalisten doch etwas anderes. Es sind uns sowohl von Ungarn als auch von der Tschecho-Slowakei Verträge entgegengebracht worden, die die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes bis zu einem gewissen Grade verbessern und das dürfen wir nicht fragen, um welche Staatsform es sich dabei handelt.

Betriebsobleute, Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre der graphischen Industrie

Am Freitag, den 3. Dezember, abends 6 Uhr, findet im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15, eine Versammlung der auf dem Boden der U. S. P. D. (Crispien-Ledebour) stehenden Funktionäre der Buchdrucker, Buchbinder, Schriftsetzer, Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, Steindrucker und Lithographen, statt. Tagesordnung:

„Die Notwendigkeit politischer und wirtschaftlicher Organisationen“

Referent: Genosse Conrad Ludwig-Hagen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Funktionärausweises, sowie des Partei- und Gewerkschaftsbuches.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D. Die Geschäftsleitung, i. A.: Fritz Schneider.

Wenn Herr Abg. Levy, ob mit Recht oder Unrecht, behauptet, daß Ungarn von der Entente zum Zwecke der Konterrevolution unterstützt werde und daß wir deshalb einen Vertrag mit Ungarn ablehnen sollen, so könnte uns die Rechte sagen, sie lehne einen Vertrag mit Rußland ab, weil dieses die internationale Revolution wolle. Hier haben die wirtschaftlichen Erwägungen den politischen gegenüber den Vorrang. In diesem Sinne ist es natürlich sehr bedauerlich, daß die Aufnahme der Beziehungen mit Sowjet-Rußland, von denen wir mehr als von jenen zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschecho-Slowakei, haben, noch auf sich warten lassen. (Beifall.)

Reichsminister des Inneren Simons: Die deutsche Regierung hat nicht das Recht und die Pflicht ihre wirtschaftlichen Verträge von der Verfassungsart des anderen Landes abhängig zu machen. Das haben wir auch der Sowjet-Regierung gegenüber geachtet. Angefaßt der Tatsache, daß durch die Unruhen in der Tschecho-Slowakei auch deutsche Reichsangehörige gefährdet worden sind, hat die tschechische Regierung auf unsere Vorstellungen hin Abhilfe zugesagt. Auf die Handelsbeziehungen zu Rußland werde ich später noch eingehen.

Die Verträge werden in allen drei Lesungen gegen die Kommunisten angenommen.

Das Reichstagsabkommen zwischen dem deutschen Reich und der freien Stadt Danzig wird in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Aussprache über das Reichswirtschaftsministerium.

Dazu fordert ein Antrag der Regierungsparteien getreute Vertretung der Reichsaufträge; ein anderer Antrag derselben Parteien fordert die Regierung auf das nahezu völlige Versagen der Wollentwerfer hinzuweisen und eine Minderung der Liefermengen an Kohlen zu erwirken. Ein Antrag Schiffer (Dem.), fordert die Zulassung der Frauen zum Börsenbesuch, ein Antrag Barisch (Dem.) ersucht den Reichswirtschaftsminister, einen sachkundigen Mann aus den Kreisen des Handwerkes zur Mitarbeit hinzuzuziehen.

Abg. Düwells (U. S., links): Das Programm des Herrn Reichswirtschaftsministers beruht nur auf Vorzschlägen zur Ausbeterung der Arbeitskraft, ganz besonders durch das sogenannte Reichsdienstjahr. Die Regierung will die Wirtschaft auch weiterhin auf den Profit basieren lassen und tut deshalb auch nichts gegen die drohende Wiederholung des Ausverkaufs Deutschlands. Eine Sozialisierung innerhalb des kapitalistischen Staates ist unmöglich.

Abg. Hoch (Soz.) weist darauf hin, daß die von dem Minister angegebene Zahl der in Oberösterreich erbauten Bergarbeiterwohnungen nicht stimmt, während sie im Ruhrgebiet beträchtlich höher sei, als angegeben. Der Redner wendet sich dann gegen die Darstellung des Ministers, als ob Frankreich in Kohlen schwimme und weist auf das Zeugnis der französischen Gewerkschaften hin, die übereinstimmend von Kohlenmangel in Frankreich berichten (sehr richtig! links). Von dem Reichswirtschaftsministerium erwarten wir die einheitliche Führung der ganzen Reichswirtschaftspolitik und verlangen angesichts der neuen drohenden Gefahren im Winter — übermäßig teurer Einkauf von Lebensmitteln im Ausland — bestimmte und energische Maßnahmen (sehr richtig!). Angesichts der Stimmung der Arbeiterschaft rufe ich Ihnen und ganz besonders dem Zentrum eine eindringliche Warnung zu, denn die Arbeiterschaft läßt sich nicht mehr mit Versprechungen abspülen. Die Ernährungswirtschaft der Städte ist keineswegs zusammengebrochen, wie Dr. Hugo meinte, sondern die Gemeinden haben z. B. Kartoffeln an die minderbemittelte Bevölkerung billiger verkaufen müssen, um nicht gerade die kinderreichen Familien am meisten zu belasten. Von wirklich freiem Handel und freier Wirtschaft kann keine Rede mehr sein, wir haben die ganz offene Herrschaft der Konzerne und der Großkapitalisten.

Abg. Hammer (D. N.) wendet sich dann gegen die Erhöhung der Gültertarife und lehnt sich für die Auflösung der Kriegsgesellschaften ein.

Abg. Gentzien (S. B.): Die Programmrede des Ministers erweckt nach der dilettantischen Art der Revolutionsregierungen Vertrauen. Angesichts des hohen Wertes des Mittelstandes und besonders des Handwerks muß dafür etwas getan werden. Die Kommunalisierung ist ein Verbrechen an der Volkswirtschaft.

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Die Regierung ist aufs ernste beabsichtigt, den berechtigten Wünschen von Handwerk und Kleinindustrie nachzukommen (Beifall). Wir sind sehr bestrebt, den Abbau der Kriegsgesellschaften zu vollziehen, so wurden in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 846 Personen entlassen und seit dem 1. Oktober weitere 630. 22 Gesellschaften befinden sich jetzt im Abbau. Gegenüber dem Vorwurf, daß ich von französischem Kohlenüberschuß gesprochen hätte, betone ich, daß ich nur Bestellungen gemacht habe, die mehrfach bekräftigt wurden. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 12 Uhr.

Preussische Landesversammlung

Kanalbauten und Ortschaftsdebatten

Bei sehr schwach besetztem Hause erledigte gestern die preussische Landesversammlung zunächst die erste Lesung des Gesetzes, durch das einige Formalitäten aus Anlaß des Uebergangs der Militärgerichtsbarkeit auf die bürgerlichen Behörden erledigt werden sollen. Es handelt sich um die Uebernahme von vier bisher militärischen Festungsgefängnissen (Spanbau, Torgau, Keiße, Königsberg) zwecks Verwendung für den bürgerlichen Staat und die Anstellung der dadurch notwendig werdenden Beamten. Der Gesetzentwurf wurde ohne Debatte der Ausschussberatung überwiesen.

Das Haus setzte dann die Etatsberatungen fort. Bei dem Kapitel Bauverwaltung, von dem noch ein Rest zu erledigen war, untersuchten der Zentrumsabgeordnete Kasi und der Demokrat Rebe in längeren Ausführungen — allerdings vergeblich — das Interesse der Regierung zu wecken — jener für den Ausbau der Wasserstraßen und Flugläufe im Westen, dieser für die gleichen Wünsche des Ostens. Ein Regierungvertreter versprach, allen geäußerten Wünschen nach Möglichkeit nachzukommen, auch den Anregungen auf Beteiligung von Arbeiter-Vereinigungen bei den zu vergebenden Arbeiten. Eine Schaffung oder Verschärfung von Beamtenstellen bei der Bauverwaltung, wie sie ein Sammelantrag der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten wünscht, bittet er zurückzustellen, da ja das Gebiet der staatlichen Bauverwaltung demnächst übernommen würde. Da dürfte man einer Neuordnung der Stellenverhältnisse nicht vorgreifen.

Die zum Kapitel Bauverwaltung gestellten Anträge, soweit sie Schiffarmachung von Wasserläufen verlangten, wurden auch von unserer Fraktion unterstützt, nicht nur wegen der dadurch geschaffenen Arbeitsgelegenheit, sondern auch wegen der Hebung des Verkehrswezens, dieses wichtigen Zweiges des Wirtschaftslebens insgesamt.

Damit war der Etat der Bauverwaltung erledigt, und der Etat des Ministeriums des Innern kam zur Verhandlung. Da bei diesem Kapitel von allseher ausgehende Debatten gepflogen werden, hat der Kassenauschuss für diese Etatsposition ausnahmsweise eine zweite Reihe Redner vorgelesen. Hauschild von den Rechtssozialisten eröffnete den Reigen. An der Tätigkeit des Ministers hat der Rechtssozialist naturgemäß wenig auszusagen, ist doch Herr Carl Severing, der zurzeit das dornenvolle Amt eines Ministers des Innern in Preußen versieht, einer der Ihrigen. Desto mehr ging Hauschild gegen die Ortschaft ins Zeug und er beschwor den Minister des Innern bei allen Heiligen, dieser bewaffneten Organisation der Reaktion gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Denn diese Bande sei nicht nur eine Gefahr für die Durchführung der Ernährungsmaßnahmen, sondern sie werde eines Tages auch — den Minister absehen bezw. beseitigen.

Nicht so gefährlich als Herr Hauschild schätzte der nachfolgende Redner, der Demokrat Ruer, die Ortschaft ein. Dieser Riefer Stadtrat meinte, zur Feststellung der staatsgefährlichen Tätigkeit der Ortschaft fehle ihm das Material, er stelle den Rechtssozialisten anheim, solches Material beizubringen. Unhaltbar sei der Zustand, daß von der Regierung zwei so verschiedene Auffassungen über die Ortschaft vorhanden seien, wie die vom Justizminister und vom Minister des Innern. Der demokratische Redner berührte dann noch das Gebiet der Selbstverwaltung, die trotz aller wohlwollenden Worte immer mehr eingeschränkt werde, und weiter die Frage der Besetzung der Beamtenstellen, die nicht nach Parteizugehörigkeit erledigt werden dürfte. Das war ein Seitenhieb auf die rechtssozialistischen Regierungsfreunde, der von den 5 oder 6 Abgeordneten, die noch in den Reihen der Rechten saßen, mit „Sehr richtig“ quittiert wurde. Im übrigen versicherte Dr. Ruer dem Minister des Innern sein volles Vertrauen und Unterstützung seiner Ordnungspolitik durch die Demokraten.

Der nächste Redner, Herr Reineke, vom Zentrum, äußerte zum Gebiet der Selbstverwaltung die gleichen Bedenken wie der Vorredner und verlangte Ausschluß über die Vorbereitungen zum neuen Gemeinde- und Kreisrecht. Selbstverständlich brachte der Zentrumredner auch die bei den Schwarzen immer vorhandenen Parteitüchermeynungen vor. Der Ministerialdirektor Freund soll Schuld daran sein, wie der Redner in ziemlich deutlicher Anspielung durchblicken ließ: daß sozusagen gar kein Zentrumsmann im Ministerium des Innern angestellt sei. Da sind also sicher noch ein paar Zentrumsdönchen vorhanden, die noch keinen Posten haben.

Die Debatte geht heute weiter; dann wird auch Genosse Leib zu Worte kommen.

Teuerungszuschläge zu der Kinderbeihilfe

Die wachsende, durch die Maßnahmen der Regierung ständig geförderte Teuerung zwingt das Reich, eine Erhöhung der Vergütungen seiner Beamten vorzunehmen. Eine allgemeine Erhöhung der Teuerungszuschläge will das Reich wegen der damit verbundenen Mehrausgaben — eine Erhöhung um nur 10 v. H. kostet jährlich 684 Millionen Mark — nicht gewähren. Sie schlägt jetzt in einem Gesetzentwurf, der dem Reichstag zugegangen ist, eine Erhöhung der Teuerungszuschläge zu den Kinderzuschlägen vor. In den Orten der Ortsklasse I soll der Zuschlag auf 125 v. H., in B auf 100, in C auf 75, statt wie bisher 50, festgesetzt werden. Die jährliche Mehrausgabe aus dieser Erhöhung für die Reichskasse beträgt 408 Millionen Mark.

Diese Regelung ist vollkommen unzulänglich.

Der besoldigte Eberl. Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten wurde der Mitarbeiter der „Freien Presse“, Siegl, von der Strafkammer 9 des Landgerichts I zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Siegl hat am 5. August 1920 einen Artikel in der „Freien Presse“ mit der Ueberschrift „Reichspräsident Eberl. Nicht als Schönheitsstärkerin“ veröffentlicht. Das Gericht hat in dem Urteil eine wissenschaftliche und beachtliche Herabsetzung des Reichspräsidenten erklart.

Der Justiz vorgegriffen hat der Leiter der Königsberger Erbschaftsabtellung, der sich am Dienstag mittag im Vollzeigefängnis ergängte, nachdem er am Sonntag unter dem Verdacht strafbarer Handlungen verhaftet worden war. Die Untersuchungsbehörde noch.

Neue Zeitungserbote im besetzten Gebiet. Das „Rauheimer Tagblatt“ ist vom 1. Dezember d. J. ab für einen Monat und die „Bayerische Staatszeitung“ bereits vom 12. November ab auf drei Monate im besetzten Gebiet von der interalliierten Kommission verboten worden.

Der neue Bizepräsident im bayerischen Landtag. Der bayerische Landtag hat heute an Stelle des ausgeschiedenen U. S. P. Abgeordneten Gohler, den Abgeordneten der bayerischen Mittelpartei, Prieger, zum zweiten Bizepräsidenten gewählt. Tragisches Schicksal französischer Sozialisten. Die drei französischen Sozialisten Berger, Lepetit und Lesabre, die in Norwegen dem internationalen Kommunismus beigewohnt und sich in Murmann ein Segelboot beschafft hatten, um nach Norwegen zu fahren, werden seit dem 1. Oktober vermisst. Die „Humanität“ meldet, daß sie beim Untergang des Schiffes den Tod gefunden haben.

Internationaler Gewerkschafts-Kongress

(Eigener Bericht der „Freiheit“)

London, 25. Dezember 1920.

Wie bei jedem internationalen Arbeiterkongress kommt auch in London stark zum Ausdruck, wie schwierig es ist, angeht sowohl der Verschiedenheit der Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern, wie auch der verschiedenen Sprachen und geistigen Einstellung in wenig Tagen zu voller Klärung aller aufgeworfenen Streitfragen zu gelangen. Darum war es schon, wollte man nicht wochenlang tagen, angezeigt, zunächst in den Kommissionen eine engere Beratung vorzunehmen, um dadurch wenigstens etwas die Plenarverhandlungen zu vereinfachen.

Alle Gegenstände freilich konnten hierbei nicht beseitigt werden. Im Gegenteil kamen bei den Debatten des vierten Tages noch einmal die grundsätzlichen Gegensätze klar zum Ausdruck. Ein Teil des Kongresses konnte sich nicht entschließen, den Bruch mit dem Internationalen Arbeitsamt definitiv zu vollziehen. Hierüber dürfte die Diskussion auch mit den gefassten Beschlüssen noch nicht abgeschlossen sein, sondern in den verschiedenen Organisationen wird auch nach dem Kongress noch in aller Gründlichkeit die Aussprache darüber fortgesetzt werden müssen. Diese Vertiefung und die Lehren der Tatsachen werden auch dazu führen, daß bei der nächsten Tagung selbst über diese Streitfrage die Meinungen sich in grundsätzlicher Entscheidung gefestigt haben werden.

Der dritte Tag wurde vollkommen mit den Kommissionsarbeiten in Anspruch genommen, so daß eine Plenarsitzung nicht stattfinden konnte. Von deutscher Seite aus wurden in den Kommissionen erörtert: Achtstundentag, Pazifismus; Grayman, Sozialfrage; Urdan, Kohstoffversorgung; Hue, Sozialisierung; Dismann, Zurückweisung der Moskauer Angriffe; Papirow.

Der Eintritt in die Tagesordnung am vierten Verhandlungstag gab der Vorsitzende von einem aus dem Ural eingetragenen Brief von den Ural-Gewerkschaften Kenntnis, in dem diese im Namen von 145.000 organisierten russischen Arbeitern erklärten, daß sie die Abwesenheit der Vertreter der russischen Gewerkschaften auf diesem Kongress bedauern, die von der russischen Regierung verhindert wurde, da sie das russische Proletariat überhaupt nicht davon unterrichtete. Sie hofften indes, daß der Tag nicht fern sei, an dem die russischen Arbeiter wieder zusammen mit der internationalen Arbeiterklasse kämpfen können.

Darauf wurde die Resolution über den Achtstundentag in ihrem ersten Teil einstimmig, der letzte Paragraph gegen die Stimmen Italiens und Norwegens angenommen.

Dumoulin erklärte die Ablehnung des letzten Absatzes in der Kommission durch die Franzosen damit, daß dieser Absatz in der Form eines Ultimatum an das Arbeitsamt gehalten sei und durch bei den Arbeitern die Illusion geweckt werde, daß das Arbeitsamt die Macht zur Durchführung der Washingtoner Beschlüsse habe.

Ein Antrag der Norweger und Italiener, jede Mitarbeit am Arbeitsamt sofort abzulehnen, wurde gegen die Stimmen der Anwesenden abgelehnt. Die Resolution lautet:

Resolution über den Achtstundentag

Der am 22. November und die folgenden Tage in London vergebene Außerordentliche Internationaler Gewerkschaftskongress stellt fest:

daß die Internationale Arbeitskonferenz in Washington einen Entwurf zu einer Uebereinkunft betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit in industriellen Anstalten auf 8 Stunden im Tage und 48 Stunden in der Woche die Richtlinien für die weitestgehende Festlegung einer maximalen Arbeitszeit vorgezeichnet hat;

daß zwar in einigen Staaten die Arbeitszeitverkürzung bereits der Kommission von Washington entspricht, daß demgegenüber aber in den meisten Ländern sowohl die Regierungen als die Unternehmer nicht nur die Ratifizierung der Konvention zu verhindern suchen, sondern alles daran setzen, um die Arbeitszeit auch dort, wo sie tatsächlich schon auf 48 Stunden verkürzt ist, wieder zu verlängern.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erhebt energische Proteste gegen dieses arbeiterfeindliche Verhalten der Unternehmer und ihrer Regierungen und fordert die unverzügliche Anerkennung und Durchführung der Washingtoner Beschlüsse.

Der Internationale Gewerkschaftskongress verpflichtet die angeschlossenen Organisationen, allen Bestrebungen, die Durchführung der Konvention von Washington zu hindern, mit allen Mitteln entgegenzutreten und fordert sie zu nachhaltiger Unterstützung der Gruppen auf, die zum Kampf für die Erreichung des Achtstundentages gezwungen sind.

Der Internationale Gewerkschaftskongress erklärt, daß er eine weitere Unterstützung der Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes seitens der Gewerkschaftsbewegung ablehnt, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist.

Die Resolution über den Pazifismus

wurde darauf nach kurzer Diskussion in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung, angenommen. Sie lautet:

Der Internationale Gewerkschaftskongress stellt fest, daß die Bekämpfung aller Kriege durch die international organisierte Arbeiterklasse nicht mit dem Pazifismus der kapitalistischen Bourgeoisie zu verwechseln ist.

Er brandmarkt als Heuchelei und verurteilt ebenso alle Kriegsanstrengungen, deren Ziel ist, den Völkern gegen ihren Willen irgendwelche politische oder wirtschaftliche Formen aufzuzwingen.

Die Arbeiter verlangen den endgültigen und vollständigen Frieden unter allen Völkern und lehnen es ab, sich nochmals verführen zu lassen unter dem Vorwand sich schlagen zu müssen für den letzten oder vorletzten Krieg.

Mertens (Belgien) ergänzte mündlich den von ihm vorliegenden schriftlichen Bericht über die Frage der Kohstoffversorgung. Wenn die Gewerkschaften auch noch nicht stark genug sind, um die Kohstoffversorgung allein zu regeln, so sind sie daran doch nicht desinteressiert. Der Völkerverbund sei bei all seinen Mängeln berufen, in dieser Frage einzugreifen. In der Kommission bestand Einmütigkeit darüber, daß die derzeitige, mangelhafte Verteilung der Kohstoffe auf die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft zurückzuführen ist. Ueber den Weg zur Besserung in diesem waren die Auffassungen geteilt. Die Mehrheit der Kommission hält das Internationale Arbeitsamt als Zentralstelle für die Kohstoffverteilung geeignet, während die Vertreter von Italien und Norwegen jedes Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt als einer Institution des Völkerverbundes ablehnen. Er empfiehlt die Resolution dem Kongress zur Annahme.

Kaltes (Italien) wendet sich gegen den zweiten Teil der Resolution, da es ein Widerspruch sei, die kapitalistische Gesellschaft einmal als unfähig zur Kohstoffverteilung zu erklären, dann aber die Lösung dieser Aufgabe wiederum einem Organ dieser selben kapitalistischen Gesellschaft anzuvertrauen. Kaltes schlägt die Schaffung einer neuen internationalen Zentralstelle, unabhängig vom Arbeitsamt zu schaffen vor, die auch mit der Kohstoffverteilung betraut werde. Der Völkerverbund sei schon deshalb ungeeignet, als Zentralstelle für die Kohstoffverteilung zu wirken, da er lediglich ein Bund der Sieger sei. Rechner verweist zum Beweis hierfür auf die Forderung der Auslieferung der 800.000 Rikhtsche, durch die den Sänglingen Deutschlands 6 Mill. Liter Milch täglich entzogen würden. Er und seine Freunde misstrauen dem Arbeitsamt, den Willen und die Macht zur Durchführung der ihm übertragenen neuen Aufgabe zu besitzen.

Thomas (England) hält es für taktisch falsch, den Völkerverbund wegen abweichender Auffassungen in einzelnen Punkten zu bekämpfen. Es müßte vielmehr unsere Aufgabe sein, in den Völkerverbund alle Völker aufzunehmen.

Duerr (Schweiz): Man könne dem ersten Teil der Entschließung zustimmen. Das Internationale Arbeitsamt sei aber außerhalb derjenigen Regierungen, die sich rein passiv verhalten, durch irgendwelche Zwangsmaßnahmen zur einheitlichen Regelung zu veranlassen. Auch die Nationalisierung der Lebensmittel im Krieg habe bewiesen, daß die kapitalistische Organisation verlage. Mit der Minderheit der deutschen Delegation sei er beauftragt zu erklären, daß sie den letzten Absatz der Resolution in der vorliegenden Form ablehnen. Er schlägt vor, die Resolution an die Kommission zurückzugeben.

Mertens erwidert hierauf in seinem Schlußwort, die Ablehnung des letzten Teils der Resolution sei eine Schwäche. Es werde nicht verlangt, daß das Internationale Arbeitsamt ohne weiteres die Verteilung der Kohstoffe übernehme, sondern der

Internationaler Gewerkschaftskongress soll selbst einen Plan ausarbeiten, nach dem die Verteilung vorgenommen werden soll. Wenn nach dem Vorschlag Kaltes ein neues Zentralorgan geschaffen werde, so müßte auch dieses wiederum mit den Regierungen zusammenarbeiten.

In der darauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag Duerr und Genossen, auf Zurückweisung an die Kommission, mit schwacher Mehrheit abgelehnt. — Der erste Teil der Resolution der Kommission wurde sodann einstimmig angenommen. Zum letzten Teil beantragt Deutschland einen Zusatz, belegend, daß dem Internationalen Arbeitsamt die Macht durch den starken Willen der festgesetzten Arbeiterorganisationen verliehen werden müsse.

Der letzte Absatz der Resolution, mit dem deutschen Zusatz, wurde gegen die Stimmen der Italiener und Norweger angenommen.

Resolution über die Frage der Kohstoffversorgung

Der am 22. November und die folgenden Tage in London tagende Außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongress beschließt:

In Erwägung, daß der Weltkrieg in allen Ländern eine derartige Zerkümmung hervorgerufen hat, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau ernstlich in Frage steht;

in Erwägung, daß die Länder, die der Kohstoffe entbehren, mit Rücksicht auf ihre Industrie von jenen Ländern abhängen, die über Kohstoffe verfügen (sei es, daß sie diese hervorbringen oder dank ihrer günstigen Lage sich verschaffen können);

in Erwägung, daß daher die Regelung der Verteilung aller Kohstoffe der Welt nach Recht und Billigkeit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiedererhebung ist;

in Erwägung, daß die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft einer gerechten Verteilung der Kohstoffe im Wege steht wie auch jeder wirtschaftlichen Regelung, die allen Menschen ohne Ausnahme gestattet würde, die ihnen in der Weltgemeinschaft zugehörige Rolle zu erfüllen;

in Erwägung, daß es infolgedessen Pflicht der organisierten Arbeiterklasse ist, ohne Unterlaß darauf hinzuwirken, daß die heutige unorganisierte Gesellschaft verschwindet und ersetzt werde durch eine rationelle Organisation der Produktion, ihrer Verteilung, überhaupt der gegenseitigen Beziehungen der Völker;

in letzterer Erwägung, daß es aber schon jetzt eine hohe Pflicht der Menschlichkeit ist, für eine gleichmäßige Verteilung aller verfügbaren Kohstoffe in der ganzen Welt zu sorgen, und daß diese Verteilung nur durch eine internationale Verständigung herbeigeführt werden kann durch die Bemühungen der Gewerkschafts-Internationalen;

in endlicher Erwägung, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen das Internationale Arbeitsamt des Völkerverbundes der am besten geeignete internationale Organismus ist, um die internationale Verständigung über die Kohstoffverteilung herbeizuführen,

beauftragt der Kongress das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in kürzester Frist einen Plan für die Erreichung einer internationalen Kohstoffverteilungskstelle auszuarbeiten. Dieser Plan ist dem Internationalen Arbeitsamt zur baldigsten Durchführung zu überreichen. Damit aber die Kohstoffverteilung nach Billigkeit und Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und künftigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Völker und Länder organisiert werden kann, ist es notwendig, daß es allen Völkern und Ländern freigestellt wird, sich dem Völkerverbund anzuschließen.

Die Leistungen Deutschlands. Die Wiedergutmachungskommission veröffentlicht eine Note, in der sie sagt, Deutschland habe im Monat Oktober geliefert: 2.186.965 und sieben Zehntel Tonnen. Viele Kohlen seien wie folgt verteilt worden: Frankreich habe erhalten 1.529.334 Tonnen, Italien 272.894 und drei Zehntel Tonnen, Belgien 255.770 Tonnen, Luxemburg 125.000 Tonnen.

Sunger

Roman von Kurt Hamann.

Sör mal, weißt du was, sagte ich plötzlich: jetzt hast du dich lange genug mit deinem Verstand befaßt und dir in dieser Beziehung Sorge gemacht; jetzt müssen die Karrenreife ein Ende haben! Ist das ein Zeichen von Berrücktheit, wenn man alle Dinge so genau auffaßt und merkt, wie du es tust. Ich muß beinahe über dich lachen; du kannst sicher sein, die Sache ist nicht ohne Humor, soweit ich sehe. Kurz und gut, einmal passiert es allen Menschen, daß sie sich festrennen, und das gerade immer bei den einfachsten Fragen. Das will gar nichts sagen, das ist nur Zufall. Wie gesagt, es hing an einem Haar, daß ich dich nicht auslachte. Was die Kramerrrechnung betrifft, diese lumpigen fünf Sechzehntel Armerleutensche, möchte ich beinahe sagen, — ha, ha, ein Käse mit Gewürznelken und Pfeffer drin, ein Käse, auf Ehrenwort, von dem man, offen gesagt, beinahe Kinder tragen könnte, — was diesen lächerlichen Käse betrifft, so hätte es dem Besten passieren können, dumm davon zu werden; allein schon der Geruch von diesem Käse konnte einem Menschen den Garaus machen. . . . Und ich lachte über allen Kräutertäfel. . . . Nein, jetzt mir was Schöneres vor! Sag mir, wenn ihr wollt, fünf Sechzehntel gute Meiereibutter vor. Das ist 'ne ganz andere Sache!

Ich lachte heftig über meine eigenen Einfälle und fand sie drollig. Mir fehlte wirklich nichts mehr. Ich war gut dran. Ich war sozusagen sehr gut dran! Ich war ein flatter Kopf; Gott sei Lob und Dank, dem fehlte gar nichts!

Meine Winterzeit wuchs, wie ich im Zimmer umherging und mit mir sprach; ich lachte laut und fühlte mich gewaltig vernünftigt. Aber es war auch wirklich, als ob ich nur dieses einzigen, kleinen Augenblicks, dieser Minute lichten Entschlusses ohne irgend welche Sorgen bedürft hätte, um meinen Kopf wieder in arbeitsfähigen Zustand zu versetzen. Ich setzte mich an den Tisch und begann wieder mit meiner Allegorie. Und es ging sehr gut, besser als seit langer Zeit; nicht sehr schnell, aber mich dünkte, daß das wenige, was ich dazu schrieb, ganz ausgezeichnet war. Ohne müde zu werden, arbeitete ich eine ganze Stunde.

Ich bin gerade bei einem sehr wichtigen Punkt in dieser Allegorie, einer Feuersbrunst in einer Buchhandlung; er kam mir so wichtig vor, daß alles andere, was ich geschrieben hatte, mir wie nichts neben diesem Punkt erschien. Gerade wollte ich den Gedanken recht tiefgründig formulieren, daß es nicht Bücher seien, die da brannten, sondern Gehirne, Men-

schengehirne, ich wollte eine wahre Bartholomäusnacht aus diesen brennenden Gehirnen machen.

Da wurde meine Tür plötzlich sehr heftig aufgerissen, und meine Wirtin kam hereingelegt. Sie blieb nicht einmal auf der Schwelle stehen, sie kam bis in die Mitte des Zimmers.

Ich stieß einen kurzen, heiseren Schrei aus; es war wirklich, als hätte man mir einen Schlag versetzt.

„Wie?“ fragte sie, „ich glaube, Sie hätten was gesagt? Wir haben einen Reisenden bekommen und brauchen dies Zimmer für ihn; Sie müssen über Nacht unten bei uns schlafen; ja, Sie sollen auch Ihr eigenes Bett haben.“ Und ohne meine Antwort abzuwarten, fing sie ohne weiteres an, meine Papiere vom Tisch zu raffen und alles in Unordnung zu bringen.

Meine fröhliche Stimmung war wie fortgeblasen, ich war zornig und verzweifelt und erhob mich sofort. Ich ließ sie den Tisch aufräumen und sagte nichts; nicht ein Wort. Dann gab sie mir all die Papiere in die Hand.

Mir blieb nichts anderes übrig als das Zimmer zu verlassen.

Nun war auch dieser kostbare Augenblick verpufft! Der neue Passagier begegnete mir schon auf der Treppe, ein junger Mann mit großen blauen Ankerzeichnungen auf der Hand; ein Pastrager mit einer Schiffsstife auf den Schultern folgte ihm. Der Fremde war gewiß Seemann, also nur ein zufälliger Reisender für die eine Nacht; länger würde er mein Zimmer sicherlich nicht brauchen. Vielleicht hatte ich morgen, wenn der Mann wieder abgereist war, einen meiner glücklichen Momente; mir fehlte nur eine Inspiration von fünf Minuten, dann war mein Werk fertig. Ich mühte mich also in das Schlafal zu finden. . . .

Ich war bis jetzt noch nicht in der Wohnung der Familie gewesen, in diesem einzigen Zimmer, in dem sie alle Tag und Nacht hausten, der Mann, die Frau, der Vater der Frau und die vier Kinder. Die Magd war in der Küche, wo sie auch des Nachts schlief; von Widerwillen erfüllt, näherte ich mich der Tür und klopfte an; niemand antwortete, doch vernahm ich drinnen Stimmen.

Der Mann sagte kein Wort, als ich eintrat, er beantwortete nicht einmal meinen Gruß; er blickte mich nur gleichgültig an, als ob ich ihn nichts angehe. Uebrigens sah er und spielte Karten mit einem Menschen, den ich unten bei den Spielern gesehen hatte, einem Träger, der auf den Namen „Glascheide“ hörte. Hinten im Bett lag ein kleines Kind und plauderte mit sich, und der alte Mann, der Vater der Wirtin, sah zusammengekrüppelt auf einer Bettbank mit dem Kopf über die Hände gebeugt da, als ob ihn Brust oder Magen schmerzte. Sein Haar war beinahe weiß, und in

seiner zusammengekrüppelten Stellung sah er aus, wie ein Kriechtier, das die Ohren noch etwas spitzte.

„Ich komme leider, um für heute nacht hier unten um Obdach zu bitten,“ sagte ich zu dem Manne.

„Hat meine Frau das gesagt?“ fragte er.

„Ja; ein anderer Reisender hat mein Zimmer genommen.“

Darauf entgegnete der Mann nichts und beschäftigte sich wieder mit den Karten.

So sah dieser Mann Tag für Tag und spielte Karten mit jedem Besichtigen, der zu ihm ins Zimmer kam, spielte um nichts, nur um die Zeit zu vertreiben und etwas in den Händen zu haben. Sonst tat er gar nichts, rührte sich gerade so viel, wie seine trüben Glieder zuließen, während seine Frau die Treppen auf- und abtrabte, nach allen Seiten hin umständig war und alles tat, um Gäste ins Haus zu bekommen. Sie hatte sich auch mit den Trägern und Seefahrern in Verbindung gesetzt, denen sie ein bestimmtes Honorar für jeden neuen Gast zahlte, den sie ihr brachten, und oft gewährte sie diesen Gastträgern auch Unterlaß für die Nacht. Diesmal hatte „Glascheide“ ihr den neuen Reisenden zugeführt.

Ein paar Kinder kamen herein, zwei kleine Mädchen mit mageren, sommerprofigen Kindergesichtern; sie trugen wahrhaft elende Kleider. Gleich darauf trat auch die Wirtin ein. Ich fragte, wo sie mich für die Nacht unterbringen wolle, und sie entgegnete mir kurz, daß ich hier im Zimmer mit den andern zusammenfragen könne, oder draußen im Vorzimmer auf der Bettbank, ganz wie es mir beliebt. Während sie mir diese Antwort gab, ging sie im Zimmer umher, hantierte mit verschiedenen Dingen, die sie in Ordnung brachte, und sah mich nicht einmal dabei an.

Bei ihrer Antwort laut ich zusammen, stand neben der Tür und machte mich so klein wie möglich, tat, als ob ich es wohl zufrieden sei, mein Zimmer für eine Nacht einem anderen zu überlassen, und machte absichtlich ein freundliches Gesicht, um sie nicht zu ärgern und vielleicht ganz aus dem Hause gejagt zu werden. Ich sagte: „Ach ja, es wird sich schon Rat schaffen lassen!“ und schwieg.

Sie fuhr noch immer im Zimmer umher.

Uebrigens muß ich Ihnen sagen, daß es mir nicht paßt, Leute aus Kredit in Kost und Logis zu haben,“ sagte sie. „Und das hab ich Ihnen schon mal gesagt.“

„Ja, aber Bitte, es handelt sich doch nur um ein paar Tage, bis mein Artikel fertig ist,“ erwiderte ich, „dann will ich Ihnen gern noch fünf Kronen extra geben.“

Aber offenbar glaubte sie nicht an meinen Artikel, das konnte ich merken. Und ich konnte nicht halt tun und das Haus verlassen, nur weil ich ein wenig gekränkt war; ich wußte, was meiner wartete, wenn ich ging.

(Fortsetzung folgt.)

